

Liebe Friedensfreunde, liebe Ostermarschierer,

schon immer waren Atomwaffen das Thema des Ostermarsches. Und die meisten von euch sind auch schon gewöhnt, dass ich hier die neusten Entwicklungen auf diesem Gebiet darstelle. Da könnte es euch fast überraschen, dass ich dieses Jahr hier etwas **Positives** zu berichten habe, etwas, das uns Hoffnung machen kann.

Es hat eine Verhandlungswoche bei den Vereinten Nationen in New York gegeben: dabei hat sich **eine große Mehrheit** der Staaten dieser Welt dafür ausgesprochen, dass es einen **Vertrag zur völkerrechtlichen Ächtung** der Atomwaffen geben soll. Konkret verboten werden sollen nicht nur

- Einsatz und Androhung eines Einsatzes sowie Planung,
- sondern ebenfalls Lagerung, Transport, auch Produktion und Entwicklung.
- Und ebenso die Unterstützung und Förderung solcher Aktivitäten bei anderen
- und sogar die Finanzierung solcher Aktivitäten.

In dieser Liste ist eigentlich alles drin, was wir als Friedensbewegung uns wünschen: zum Beispiel die Praxis der nuklearen Teilhabe, dass Deutschland in Büchel eine Fliegerstaffel unterhält, die dafür ausgebildet sind, im Kriegsfall US-Atombomben zu übernehmen, zum Ziel zu fliegen und diese dort abzuwerfen: das wäre dann illegal.

Welche Staaten sind das, die diese Forderungen völkerrechtlich verankern wollen: es sind sehr viele, ich will mal die wichtigsten Wortführer dieser Kampagne nennen: Österreich, Irland, Mexiko, Südafrika, Brasilien, Neuseeland. Einfacher ist zu sagen, wer trotz Einladung nicht dabei war: die Atomwaffenstaaten aus dem UN-Sicherheitsrat, also USA samt NATO, Russland, England, Frankreich, China sowie noch Israel, Indien, Pakistan, Australien, Japan und beide Koreas. Die USA hatten im Vorfeld ihre Verbündeten aufgefordert, die Konferenz zu boykottieren – und leider hat Deutschland wie ein „braver Schüler“ einfach gehorcht. Dabei sind nach einer Umfrage über 90% der Deutschen gegen die Atomwaffen hier, und der Bundestag hatte 2010 einmütig den Abzug aus Deutschland gefordert.

Aber welchen Sinn machen solche Verhandlungen, wenn die Atomwaffenbesitzer nicht dabei sind? Im ersten Schritt kann natürlich nicht gleich die Abrüstung beschlossen werden. Aber es geht darum, die grundsätzliche **völkerrechtliche Norm** zu begründen, dass diese Waffen illegitim, völkerrechtswidrig, geächtet sind. Das kann sehr wohl mit einer 2/3-Mehrheit in der UN-Vollversammlung erreicht werden. Das wäre sowas wie eine **Revolution**, die atomaren Habenichtse wollen das mit ihrer Mehrheit gegen die Atomwaffenstaaten durchsetzen. Diese Entschlossenheit ist Folge der jahrzehntelangen Mißachtung der Verpflichtung zur Abrüstung in Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags durch die Atomwaffenbesitzer.

Und was bringt so ein Vertrag? Damit erhalten diese Waffensysteme endlich denselben formalen Status, wie derzeit die B- und C-Waffen. Bisher werden die Atomwaffen ja von ihren Besitzern als legitime Machtmittel präsentiert, und das ist angesichts ihrer katastrophalen Auswirkungen völkerrechtlich für die Mehrheit der Staaten nicht akzeptabel.

In allen zivilisierten Staaten ist beispielsweise Mord verboten. Dennoch gibt es fast überall Morde, ja sogar kriminelle Vereinigungen, die sich darauf gründen, in manchen Fällen sind sogar Staaten beteiligt. Dennoch sollte man nicht argumentieren, dass die Gesetze gegen Morden sinnlos wären, weil die Mörder-Organisationen diese nicht anerkennen. Soviele anders ist es mit den Atomwaffen nicht: die sind letztlich inhumane Zivilisations-Mordwaffen, die die Völkergemeinschaft nicht länger dulden will.

Auf der Grundlage einer generellen Ächtung von Atomwaffen müssen dann natürlich die

nächsten Schritte gegangen werden. Die vielen Länder, die das unterstützen, werden Gesetze machen, die die genannten Aktivitäten konkret verfolgen und unter Strafe stellen. Dann können z.B. US-Kriegsschiffe nicht problemlos in einen Hafen einlaufen, weil dort von ihnen die Zusicherung verlangt wird, dass keine Atomwaffen dabei sind. Oder die Staaten können Überflugrechte verweigern. Oder gewissen Banken die Erlaubnis verweigern, weil diese bekanntlich Atomwaffenproduzenten mit Geld versorgen. Sage keiner, diese Maßnahmen hätten alle keinen Sinn: die Reaktion der USA, der Druck auf die NATO-Verbündeten, die Konferenz zu boykottieren, zeigt, dass sie diese Situation fürchten.

Natürlich ist für das **Endziel atomare Abrüstung** dann noch sehr **viel öffentlicher Druck** erforderlich. Dabei muss sich die Friedensbewegung einklinken. Also konkret wir, in Bezug auf unsere Regierung, die in einer Demokratie ja von unserem Votum, von unserer Zustimmung abhängig ist.

Entsprechend dem Prinzip: **global denken – lokal handeln**, müssen wir dabei natürlich die Atomwaffen hier in unserem Land ins Auge fassen. Das sind konkret die vermutlich 20 **Atombomben vom Typ B61** in Büchel in der Eifel, die ich vorhin schon erwähnt hatte. Nach offizieller Lesart sollen diese „**modernisiert**“ (in Anführungszeichen) werden. Diese Beschreibung ist schlichtweg eine Lüge. Bei dem Nachfolge-Bombenmodell handelt es sich zwar ebenfalls um Flugzeugsbomben, aber die technischen Eigenschaften werden ganz wesentlich verändert. Aus einer Bombe, die einfach vom Flugzeug herunterfällt, entsteht ein moderner Typ, der sich selbständig ins Ziel steuern kann, dessen Sprengkraft variabel ist entsprechend dem Ziel, und die Bombe soll darüber hinaus noch die Fähigkeit bekommen, einige Meter tief in den Boden einzudringen, bevor die Detonation ausgelöst wird, um so eine erhöhte Wirkung gegen verbunkerte Ziele zu erreichen. Durch diese Änderungen wird es eine für die Militärs geeignete Kriegsführungswaffe, und genau das wollen wir nicht, das darf nicht sein. Jeder Atomkrieg hier wäre das Ende für Mitteleuropa!

Deshalb möchte ich euch nicht nur über die hoffnungsvollen Verhandlungen in New York berichten, sondern euch über die **Aktionen dieses Jahr am Fliegerhorst Büchel** in der Eifel informieren – natürlich mit der Aufforderung, dort hinzugehen und mitzumachen.

Dort läuft die Kampagne „20 Wochen für 20 Atom-Bomben“, das geht seit März bis zu den Jahrestagen der Atomexplosionen von Hiroshima und Nagasaki im August. Es gibt dort unterschiedlichste Aktionen, von Mahnwachen bis zu Blockaden – was ihr wollt. Es ist gedacht, dass sich eine Gruppe einen bestimmten Tag aussucht, um an diesem Tag nach Büchel zu fahren und dort die **eigene Aktion** durchzuführen. Die Koordination der verschiedenen Aktionen wird von den Aktiven in Büchel gemacht.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- Deutschland muss sich an der nächsten Verhandlungsrunde – ab Mitte Juni in New York – beteiligen, und zwar im Sinne der nuklearen Abrüstung!
- Deutschland muss aus der Nuklearen Teilhabe in der NATO austreten, die amerikanischen B-61-Atombomben hier müssen abgezogen und nicht durch moderne ersetzt werden!

Und die Forderung an euch hier, an uns alle: gehen wir nach Büchel und beteiligen uns an den Aktionen dort! Flyer gibt es am Infotisch, ebenfalls Unterschriftenlisten.

Vielen Dank fürs Zuhören!